

### Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Erhöhung Gemeindebezüge
- 0 Landespflegeheim
- 0 Air Power 2013
- 0 Neues Volkshaus

# Weg mit dem Regress!

Nur noch in der Steiermark gibt es die Zuzahlungspflicht (Regress) für Angehörige für den Aufenthalt im Pflegeheim oder für die Mindestsicherung. Das ist unsozial und ungerecht. Die KPÖ kämpft für die Abschaffung des Regresses.



**Überall - wie hier am Knittelfelder Hauptplatz - sammelt die KPÖ Unterschriften gegen den Regress.**

**Wir** sammeln Unterschriften für eine Petition an den Landtag. Diese Aktion läuft bis in den Herbst. Steiermarkweit haben wir schon über 10.000 Unterschriften. Der Druck wächst.

**Auch** in den Gemeinderäten, in denen die KPÖ vertreten ist, stellen wir den Antrag die Gemeinden sollen vom Land die Abschaffung des Regresses fordern. In Knittelfeld, Zeltweg oder Kapfenberg wurden diese Anträge bereits angenommen. Auch die Gewerkschaft fordert die Abschaffung des Regresses. Das alles zeigt, der Druck an der Basis steigt. Nur die Landesspitze von SPÖ und ÖVP sind offensichtlich schon so abgehoben, dass sie keine Ahnung haben wie es den Menschen unten geht.

**Wenn** sich viele Menschen einbringen, besteht die Chance dass SPÖ und ÖVP im Land gezwungen sind den Regress abzuschaffen.



**Auf der Rückseite unserer Zeitung ist eine Unterschriftenliste. Bitte ausfüllen und einschicken!!!!**

### **Auf Initiative der KPÖ wurde in der letzten Gemeinderatssitzung folgender Antrag beschlossen, der von allen Parteien mitgetragen wurde:**

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld spricht sich für die Abschaffung der Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und BezieherInnen der Mindestsicherung aus und fordert das Land Steiermark auf, diesen Regress abzuschaffen und sich weiterhin mit Nachdruck für eine österreichweit einheitliche, sozial verträgliche Lösung in der Frage der Pflegefinanzierung einzusetzen.

### **Begründung:**

Bedauerlicherweise wurde der Pflegeregress in der Steiermark im Sommer 2011 per Verordnung wieder eingeführt. Damit ist die Steiermark nunmehr das einzige Bundesland, in dem bei bestimmten Leistungen, wie die Unterbringung in einem Pflegeheim oder dem Bezug der Mindestsicherung, je nach Einkommen, eine Zuzahlung (Regress) vorgeschrieben wird. Dabei haften Ehegatten, Eltern für ihre Kinder und umgekehrt.

Bereits ab einem Einkommen von € 1.286,- (€ 1.500,-, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) muss ein Kostenersatz geleistet werden. Es gibt keine Indexanpassung. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird keine Rücksicht genommen. Auch diverse Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Budgetäre Nöte des Landes Steiermark können keine brauchbare Erklärung dafür sein an dieser unsozialen und österreichweit einzigartigen Regelung festzuhalten.

## City-Taxi deutlich teurer

Seit 1. Mai ist der Gutschein für das City-Taxi um einen Euro teurer. Die Taxiunternehmen haben ihre Preise erhöht, die Gemeinde ihren Zuschuss nicht mit angehoben. Deshalb hat die KPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung folgenden Dringlichkeitsantrag gestellt:

### Dieser Antrag der KPÖ wurde leider abgelehnt:

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld beschließt den Zuschuss der Stadtgemeinde für das City-Taxi für MindestpensionistInnen soweit anzuheben, dass der Kaufpreis eines Taxigutscheins wieder 3,33 Euro beträgt.

### Begründung:

Seit 1992 besteht die wichtige Einrichtung des City-Taxis. Zu Beginn hat die Gemeinde für alle KnittelfelderInnen die Hälfte der Kosten für den Taxigutschein übernommen, das waren damals 30 Schilling. Dieser Zuschuss wurde in den kommenden Jahren laufend verringert, wobei MindestpensionistInnen höher subventioniert wurden.

So kostete ein Taxigutschein bis 1. Mai 2013 für MindestpensionistInnen 3,33 Euro, für alle anderen KnittelfelderInnen 4,50 Euro. Dabei betrug der Zuschuss der Gemeinde 1,67 Euro für MindestpensionistInnen und 0,50 Euro für alle anderen.

Nun haben die Taxibetreiber ab 1. Mai 2013 ihre Tarife um einen Euro erhöht. Der Zuschuss der Gemeinde wurde nicht angepasst. Nun kostet der Taxigutschein für MindestpensionistInnen 4,33 für alle anderen 5,50 Euro. Damit wird die wichtige Einrichtung des City-Taxis beinahe unerschwinglich.

Diese Teuerung ist für viele schwer verkraftbar. Um wenigstens die finanzschwächsten Teile der Bevölkerung, die wohl kaum ein eigenes Auto besitzen und auf diese Einrichtung besonders angewiesen sind, zu unterstützen, ersuchen wir den Gemeindebeitrag zumindest für MindestpensionistInnen anzupassen und oben genannten Antrag zu beschließen.

**Leider** wurde unserem Antrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ keine Dringlichkeit zuerkannt. Das heißt er kam überhaupt nicht auf die Tagesordnung der Sitzung. Allerdings bestätigten alle Fraktionen, dass diese Erhöhung ein Problem ist. Sie wollen in den nächsten Monaten über eine Neuregelung des Zuschusses nachdenken.

**Wir** sehen die Ablehnung unseres Antrags mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Denn offensichtlich wird es zu einer Neuregelung und dabei hoffentlich zu einer Verbesserung kommen. Allerdings erst in einigen Monaten. Bis dahin bleibt der hohe Taxigutscheinpreis - und für Menschen mit geringem Einkommen zählt jeder Euro.

## Aus dem Gemeinderat

### Bürgermeisterwechsel 2014

**Bürgermeister** Siegfried Schafarik berichtete dem Gemeinderat, dass die Gemeinderatssitzung am 31.3.2014 seine letzte Gemeinderatssitzung sein werde. Dort wird der Rechnungsabschluss des Jahres 2013 beschlossen. Der 30.4.2014 wird dann sein letzter Tag als Bürgermeister sein.

**Die** SPÖ wird dem Gemeinderat Vizebürgermeister-Landtagsabgeordneten Gerald Schmid als seinem Nachfolger vorschlagen.

### Montessorischule

**Die** Montessorischule im Aichfeld ist derzeit in Räumen der ehemaligen Lindentallee Volksschule untergebracht. Die Schulleitung, die Diakonie La Tour Kärnten, will aber nach Judenburg abziehen. Da sich die Umbauarbeiten beim Objekt in Judenburg verzögert haben, wurde die Benützungvereinbarung in Knittelfeld noch für das Schuljahr 2013/2014 verlängert.

### Subventionen

**Der** Eisenbahner Musikverein bekommt eine einmalige Subvention in der Höhe von 1.000 Euro. Jugend am Werk erhält einmalig 400.000 Euro, wobei jeweils 200.000 Euro im Jahr 2013 und 2014 ausbezahlt werden. Diese Subventionen bekommt die Gemeinde vom Land refundiert.

### Nein zu höheren Musikschultarifen

**Die** KPÖ hat als einzige Fraktion gegen die Erhöhung der Musikschultarife für das kommende Schuljahr gestimmt. Die Tarife werden vom Land vorgegeben und steigen jedes Jahr.

### Göbernitzbrücke

**Der** Anteil der Gemeinde für die Sanierung der Göbernitzbrücke beträgt 100.000 Euro.

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet. Unsere Internetadresse: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

Ertragreich und sicher.

**Raiffeisenbank  
Knittelfeld**



## Was geschieht mit dem Neuen Volkshaus?



**Die Veranstaltungsräume im „Neuen Volkshaus“ sind wichtig für viele Vereine und Institutionen**

**Arbeiterkammer** und ÖGB ziehen im Herbst aus und übersiedeln in ein neu errichtetes Gebäude in Zeltweg. Es stellt sich die Frage, was mit dem Gebäude des Neuen Volkshauses in der Reselgasse geschieht. Diese Frage hat KPÖ-Gemeinderätin Sonja Karimi schon zweimal im Gemeinderat gestellt. Denn die Räume in der Reselgasse sind wichtig für das Knittelfelder Vereins- und Veranstaltungsleben. Dort gibt es eine Küche und die Miete ist günstig.

**Der** Bürgermeister antwortete, das Heim gehöre einem Verein, in dem die Gemeinde, die AK und der ÖGB Mitglieder sind. Bis jetzt habe es von ÖGB und AK noch keine Kontaktaufnahme mit ihm gegeben. Leider sei das Gebäude sehr desolat, wie es weitergehen soll ist völlig offen.

**Ob** Neubau oder Sanierung, eine Veranstaltungsmöglichkeit wie diese ist in Knittelfeld unbedingt notwendig und darf nicht einfach verschwinden. Auch AK und ÖGB haben hier eine Verantwortung.

**P.S.:** Diese Absiedelung ist ein weiteres Beispiel für die negativen Auswirkungen der Bezirkszusammenlegung.

## Lärmschutzverordnung aufgehoben

**Seit 1981 hat Knittelfeld eine Lärmschutzverordnung. Dort ist geregelt, welche Tätigkeiten wann erlaubt oder verboten sind.**

**Nun** wurden §1 (Lärmbelästigende Hausarbeiten), §3 (Benützung von Musikinstrumenten, Tonübertragungs- und Tonwiedergabegeräte) und §5 (Halten von lärmelästigenden Tieren) aufgehoben. Für diese Fälle gilt nun das steirische Landessicherheitsgesetz. Die KPÖ stimmte als einzige Fraktion gegen diese Streichung.

**Die** Zeiten werden immer hektischer, Ruhe und Entspannung wichtiger und Lärm immer mehr zum Problem. Die Aufhebung einer Lärmschutzverordnung ist eine schwerwiegende Entscheidung. Deshalb hat die KPÖ vorgeschlagen den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen.

**Begründet** wurde die Aufhebung damit, dass die Polizei nicht einschreite, wenn es eine Lärmverordnung der Gemeinde gäbe, denn dann sei die Gemeinde zuständig.

**Im** Landessicherheitsgesetz heißt es nur „Wer ungebührlicherweise störenden Lärm erregt, begeht eine Verwaltungsübertretung.“ Eine sehr vage Formulierung. Hingegen sah die Lärmschutzverordnung der Gemeinde klare Regelungen vor. Wir meinen das ist ein Vorteil.

**Außerdem** haben wir uns bei unserer Juristin im Landtagsklub und auch bei Beamten des zuständigen Landesreferates erkundigt. Beide sehen die Sachlage nicht so, dass die Polizei nicht einschreiten muss, wenn es eine Lärmschutzverordnung der Gemeinde gibt.

**Wir** waren der Meinung die Gemeinde solle zuerst von Land und Innenministerium schriftliche Stellungnahmen einholen, ob eine Gemeindeverordnung wirklich das Einschreiten der Polizei verhindere. Dazu waren SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ nicht bereit. Die Lärmschutzverordnung wurde gegen unsere Stimmen in wichtigen Punkten aufgehoben.

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Kurz, Industriepark 2, 8682 Mürzzuschlag.

Steiermärkische  
**SPARKASSE**   
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

## Bürgermeisterbezüge: Erhöhung um bis zu 54%

**SPÖ und ÖVP nutzen die Gemeindegemeinschaften um auch die Bezüge der BürgermeisterInnen tüchtig anzuheben. So wie es ein „Fusionszuckerl“ von bis zu 200.000 Euro für fusionswillige Gemeinden gibt, so fließt auch der Geldsegen für GemeindepolitikerInnen. Damit will man wohl den Widerstand gegen die Gemeindegemeinschaften abkaufen.**

**Ab** 2014 werden die Bezüge der BürgermeisterInnen deutlich erhöht, je nach Gemeindegröße zwischen 11,7 und 53,8%. Zum Beispiel bekommt der Knittelfelder Bürgermeister künftig 6.230 statt jetzt 5.399 Euro. Welche andere Berufsgruppe (mit Ausnahme von Managern) kann sich über solche Steigerungen freuen?

**Die** Bezüge sollen künftig automatisch steigen. Außerdem erhöht sich das BürgermeisterInnengehalt um weitere 25% wenn kein Nebenberuf ausübt wird. Neu sind auch Gehälter für OrtsteilbürgermeisterInnen. Hier geht es aber nicht nur um BürgermeisterInnen. Abgeleitet von diesem Bezug erhöhen sich automatisch die Einkommen der VizebürgermeisterInnen und des Gemeindevorstandes. Sie alle können sich über deutliche Erhöhungen freuen.

**Die** KPÖ lehnt das ab. Wir stimmten im Landtag dagegen. Die bisherigen Bezüge sind im Vergleich zu den Löhnen und Pensionen schon jetzt sehr hoch. Wir sind dafür die Bezüge in kleineren Gemeinden maßvoll zu erhöhen, aber wir sind gegen die Erhöhung in Gemeinden über 5.000 EinwohnerInnen und auch gegen die automatische Anpassung.

**Wir** fordern auch eine Unvereinbarkeitsregelung (Berufsverbot) für BürgermeisterInnen von Gemeinden über 10.000 EinwohnerInnen. Gemeinden dieser Größe können nicht mehr als Nebenjob regiert werden. All diese Überlegungen hat die KPÖ im Landtag als Antrag eingebracht, sie wurden von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

### BürgermeisterInnenbezüge, brutto monatlich, 14 x pro Jahr, gerundet

Einwohner	jetzt	ab 2014	Einwohner	jetzt	2014
bis 500	1.495	2.077	7.001 - 10.000	4.320	5.399
501 - 1.000	1.875	2.492	10.001 - 20.000	5.399	
1.001 - 2.000	2.160	3.323	10.001 - 15.000		6.230
2.001 - 3.000	2.575	3.738	15.001 - 20.000		7.061
3.001 - 5.000	2.824	4.153	20.001 - 30.000	7.060	7.892
5.001 - 7.000	3.655	4.984	über 30.000		8.307

## Aus dem Gemeinderat

### Kein Sommerkindergarten

**Eine** berufstätige Mutter hat uns erzählt, dass es heuer in Knittelfeld keinen Sommerkindergarten gibt, und das stelle sie vor enorme Probleme. KPÖ- GR Sonja Karimi hat in der letzten Gemeinderatssitzung nachgefragt.

**Der** Bürgermeister erklärte, dass für die Führung einer Kindergartengruppe mindestens 10 Kinder notwendig sind um die Erlaubnis des Landes zu bekommen. Es gäbe aber nur vier Anmeldungen.

**Wir** meinen, die Gemeinde soll die Kooperation mit Nachbargemeinden suchen, damit es wenigstens einen Sommerkindergarten in der Region gibt.

### Subventionen

**Bei** den 19 Knittelfelder Sportvereinen sind über 4.000 SportlerInnen in 31 Sparten aktiv. Der Gemeinderat hat für das Jahr 2013 Subventionen in der Höhe von 32.500 Euro beschlossen.

### Rechnungshofbericht

**Der** Rechnungshof hat unsere Gemeinde geprüft. Der Prüfbericht liegt vor und wird derzeit von der Gemeinde analysiert.

### Bezüge der anderen GemeindefunktionärInnen

Prozentsatz vom BürgermeisterInnenbezug, monatlich, 14 x im Jahr

- VizebürgermeisterIn: je 30%
- FinanzreferentIn: 30%
- StadträtInnen: je 20 %
- Ausschussvorsitzende: max. 20%
- Neu:** OrtsteilbürgermeisterIn: 30% des Bürgermeisterbezugs, der der EinwohnerInnenzahl des Ortsteiles entspricht.

**BINDER**  
WILLKOMMEN BEI UNS!

8720 Knittelfeld, Schulgasse 11,  
Tel.: 03512 / 820 25  
office@kuechen-binder.at

KÜCHENSTUDIO **K** RAUMGESTALTUNG **R** TISCHLEREI **T** ELEKTROGERÄTEMARKT **E**

**BAUER**  
Gesellschaft m.b.H. . .  
. . . bei uns sind Sie in guten Wänden!

Knittelfeld, Ghegastraße 30  
Tel.: 03512/8 27 42

## Landespflegeheim: Teilschließung wegen fehlendem Brandschutz

Medienwirksam ließen sich SPÖ-Finanzlandesrätin Bettina Vollath und SPÖ-LAbg. Gerald Schmid mit einer Tafel in der Hand „Pflegeheim Knittelfeld Finanzierung gesichert!“ fotografieren. Kein Wort darüber, dass durch die lange Verzögerung der Sanierung ein Trakt des Landespflegeheimes im Juni geschlossen wurde. Er entsprach nicht mehr den Brandschutzbestimmungen.

**Das** bedeutete für mehrere Pfleglinge die Umsiedelung in andere Heime. Konkret waren 29 Menschen betroffen. Für einen alten Menschen ist es schon eine gewaltige Umstellung von zu Hause in ein Pflegeheim zu gehen. Dann vom vertrauten Heim noch einmal aussiedeln zu müssen, ist sicher dramatisch. Diese Aussiedelung ist eine Zumutung.

### Rechtzeitiger Umbau hätte viel Leid verhindert

**Auch** für das betroffene Personal und die Pflegeleitung ist die Situation nicht leicht. Ein Teil der Beschäftigten erhielt neue Arbeitsstellen. Die Brandschutzmängel im Pflegezentrum Knittelfeld waren sicher schon lange bekannt. Trotzdem wurde die Sanierung aufgeschoben. Wären die Mittel rechtzeitig freigegeben worden, hätte der Umbau umsichtig erfolgen können. Die Aussiedelung von PflegeheimbewohnerInnen wäre möglicherweise nicht notwendig gewesen.

**In** Wahrheit wollte sich das Land aus der Pflege verabschieden (wie auch unsere Gemeinde das Wegwarteheim einem privaten Betreiber übertragen hat.) und die Heime privatisieren. Als sich kein privater Betreiber fand, wurden die Heime der KAGes übertragen. Deshalb hat man wohl auch mit der Sanierung bis zur letzten Sekunde zugewartet.

**Zur** Erinnerung: Für die Ski-WM in Schladming sind mindestens 190 Millionen Euro geflossen. Dort wurden Einsparungen nicht einmal angedacht. Der Antrag der KPÖ „die veranschlagten Kosten für die Ski-WM 2013 in Schladming ebenfalls um 25 Prozent zu kürzen“ wurde im Landtag von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

**Für** Events, bei denen man medienwirksam glänzen kann fließen die Millionen. Für den hochnotwendigen Umbau von Pflegeheimen kommen die Mittel erst in letzter Sekunde – das wird dann noch als große Errungenschaft verkauft. Was für menschliches Leid durch die Verzögerung verursacht wird ist nicht einmal der Rede wert.

## Aus dem Gemeinderat

**Parkplatz Kärntnerstraße**  
**Wir** sind von einem Gemeindegänger darauf aufmerksam gemacht worden, dass es für Rettung oder Taxis schwer ist im Bereich Kärntnerstraße 29 bis 35 einen Parkplatz zu finden. KPÖ-GR Franz Moharitsch hat das Anliegen nach einem besonders gekennzeichneten Parkplatz mehrmals vorgebracht. Der Bürgermeister erklärte, an einer Lösung im Innenhof der Wohnanlage werde gearbeitet.

### Subventionen

**Die** Musicalakademie Fohnsdorf wird auch von Knittelfelder Jugendlichen besucht. Eine Subvention in der Höhe von 1.000 Euro wurde beschlossen.

### Einbahn Mozartstraße

**Ein** Gemeindegänger hat uns seine Kritik an der Einbahnregelung im Bereich Mozartstraße mitgeteilt. KPÖ-GR Renate Pacher fragte, ob diese Regelung noch einmal überdacht werde. Der Bürgermeister erklärte, dass diese Regelung ein Wunsch der AnrainerInnen gewesen sei.

### Bezirksgericht

**Das** Knittelfelder Bezirksgericht wird nach Fertigstellung der Umbauarbeiten in Judenburg 2015 endgültig geschlossen. Knittelfeld verliert sein Gericht und Arbeitsplätze. Eine weitere Abwertung unserer Stadt durch die Bezirkszusammenlegung.

*Wir wünschen allen  
Knittelfelderinnen und  
Knittelfeldern einen  
erholsamen Urlaub und  
einen schönen Sommer!*

Ihre KPÖ-  
GemeinderätInnen  
und die  
KPÖ-Knittelfeld



Renate Pacher



Franz Moharitsch



Elisabeth Lammer



Sonja Karimi

*Knittelfelder*

**NACHRICHTEN**

### Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. Wir bedanken uns herzlich. Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung:  
Steiermärkische Sparkasse, KoNr.: 26000000617, Bankleitzahl: 20815.

## Knittelfeld- Apfelberg Nein zur Zwangsfusionen

Das Land will, dass die Gemeinden Knittelfeld und Apfelberg zusammengelegt werden. Nach den Vorstellungen des Landes sollen von den derzeit 542 bis zum Jahr 2015 nur mehr 285 Gemeinden übrig bleiben.

**Dagegen** gibt es Widerstand. Die „Steirische Gemeindeinitiative“ ist ein Zusammenschluss von über 120 steirischen Gemeinden, die mit der Gemeindestrukturreform des Landes Steiermark nicht einverstanden sind. Kernforderung der Initiative ist, dass Gemeinden vor einer Fusion eine verpflichtende Volksabstimmung durchführen müssen. Weiters soll gesetzlich verankert werden, dass Zwangsfusionen nicht möglich sind.

**Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt**  
**Man** würde meinen, diese Forderungen müssten in einer Demokratie selbstverständlich erfüllt werden. Nicht so bei SPÖ und ÖVP. In der letzten Landtagssitzung wurde, gegen die Stimmen der KPÖ, die Anliegen der Gemeindeinitiative von SPÖ und ÖVP vom Tisch gefegt. Damit ist klar: Zuerst gibt es „Fusionsprämien“ bis zu 200.000 Euro pro Gemeinde und die Erhöhung der BürgermeisterInnenbezüge. Wenn diese „Lockangebote“ nicht ziehen, setzt das Land auf Zwangszusammenlegungen.

**In** Apfelberg gab es eine BürgerInnenbefragung. Dabei haben sich 77,3% der BürgerInnen bei einer Wahlbeteiligung von 75,1% für die Eigenständigkeit ausgesprochen. Wir meinen, das Misstrauen der Gemeinden ist berechtigt.

**Es geht um Einsparung - nicht um Verbesserung**  
**Die** Gefahr, dass durch Gemeindegemeinschaften die Auflösung gewachsener Kommunalstrukturen vorangetrieben wird ist sehr groß. Denn bei dieser sogenannten „Reform“ geht es nicht um Verbesserungen, sondern um Einsparungen. Damit ist die Infrastruktur von Klein- und Randgemeinden, wie z.B. Schulen, Kindergärten oder Freizeiteinrichtungen, in Gefahr. Das wäre ein tiefer Einschnitt in die Lebensqualität der Menschen.

**Bürgermeister** Schafarik berichtete, dass es erste Gespräche zwischen Karl Bacher, dem Bürgermeister von Apfelberg, dem künftigen Bürgermeister von Knittelfeld Gerald Schmid und ihm gegeben habe. Die KPÖ lehnt Gemeindegemeinschaften nicht grundsätzlich ab, wenn ein konkreter Nutzen für die Bevölkerung festgestellt werden kann. Das ist ein langer Prozess und dazu benötigt es eine offene und ehrliche Debatte und anschließend eine verbindliche Volksabstimmung. Die KPÖ hat im Gemeinderat deutlich gemacht, dass sie gegen ein „Drüberfahren“ über die ApfelbergerInnen und gegen eine Zwangszusammenlegung ist.

## Kindergartenübernahme: Gemeinderat kennt Vertrag nicht

Ab 2013/2014 wird es eine alterserweiterte Kindergartengruppe im Kindergarten Kärntnerstraße geben. Dort werden Kinder ab dem 18. Lebensmonat aufgenommen.

**So** gut dieses Angebot ist, umso schlechter ist die Abwicklung. Die Gemeinde wird das Projekt nicht selbst durchführen, die Volkshilfe ist der Träger. Ein Teil des benötigten Personals wird von der Gemeinde gestellt, ein Teil von der Volkshilfe.

**Wie** der Vertrag mit der Volkshilfe allerdings aussieht, ist dem Gemeinderat nicht bekannt. Das hat die KPÖ schon im Stadtrat kritisiert. In der Gemeinderatssitzung sollte der Gemeinderat dann die Übergabe der Betriebsführung und die Personalüberlassung an die Volkshilfe beschließen ohne nähere Details zu wissen. Der konkrete Vertrag wird erst im Herbst vorgelegt.

**Das** war für uns und die anderen Oppositionsparteien nicht akzeptabel. Der Antrag wurde nur mit den Stimmen der SPÖ beschlossen, nach dem Motto: Wir haben ohne hin die Mehrheit und können alles beschließen.

**Das** ist das erste Mal, dass die Gemeinde einen gemeindeeigenen Kindergarten nicht selbst betreibt. Auf Grund der vielen schlechten Erfahrungen mit Ausgliederungen sehen wir diese Art der Durchführung sehr kritisch.

## Ferienaktion: Zuschuss fraglich

**Vor** der Bezirkszusammenlegung gab es für Kinder unseres Bezirkes von der BH einen Zuschuss zur Ferienaktion in der Höhe von 31,47 Euro pro Woche. KPÖ-GR Franz Moharitsch berichtete dem Gemeinderat, dass dieser Zuschuss nun noch immer nicht zugesagt wurde und ersuchte um Unterstützung. Der Bürgermeister antwortete in dieser Frage sei alles offen.



Restplätze für Kinderland-Ferien  
am Turnersee in Kärnten!

**Schnupperwoche, Äktschnwoche und  
Reitwoche (21.7. bis 27.7. und 11.8. bis 17.8.)  
noch Plätze frei.**

Ausreichend Plätze gibt es auch noch für die  
Erlebnisturnusse am Turnersee  
vom 28.7. bis 17.8. mit 2- oder 3 Wochenaufenthalt.

**Anmeldung und Information:**

KPÖ-Knittelfeld (03512/82240) oder Kinderland Graz  
Mail: office@kinderland-steiermark.at Tel.: 0316/829070

## Airpower 2013: Eine Nachbetrachtung

Seit es die Airpower gibt, gibt es auch Kritik an dieser Veranstaltung. Lärm, Umweltbelastung, die Airpower ist eine Waffenschau, Rüstung ein Klimakiller, die Airpower eine Verschwendung von Steuergeld und Flugshows eine Gefahr für die Bevölkerung.

**SJ**, Grüne und KPÖ haben bei jeder Airpower eine Gegenveranstaltung auf die Beine gestellt. Heuer stand der Klimawandel im Mittelpunkt. Die bekannte Klimaforscherin Univ. Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb kam zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion nach Knittelfeld.

**Im** voll besetzten Weißen Saal machte Kromp-Kolb anschaulich klar, dass der Klimawandel voll im Gange ist und wir umdenken müssen wenn die Menschheit überleben will. Es geht darum die Folgen des Klimawandels erträglich zu halten und dafür bedarf es einer drastischen Reduktion des fossilen Energieverbrauchs. In Österreich wird die Erwärmung auf Grund der Gebirgslandschaften noch schneller voranschreiten. Es braucht einen Kultur- und Wertewandel und eine andere, eine nachhaltige Art des Wirtschaftens. Wenn wir auf dem bisherigen Weg weitermachen werden große Teile der Erde unbewohnbar, Not, Kriege und Völkerwanderungen sind die Folgen.



**Univ. Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb zur Airpower:**

*„Es ist ein falsches Signal – angesichts dessen, wohin wir uns als Gesellschaft bewegen müssen.*

*Es geht um Luftqualität, Emissionen, Klimawandel.*

*Die Vorstellung, dass die Zukunft in „Schneller, stärker, größer“ liegt, die ist einfach überholt.“*

### Airpower notwendig für unsere Region?

300.000 BesucherInnen, 20 Millionen Euro Wertschöpfung, so die Jubelmeldungen nach der Airpower. Dabei wird völlig ignoriert, dass es bereits zwei Studien gibt die darlegen, dass die offiziellen Zahlen geschönt und mehr als fragwürdig sind.

**Schon** dem gesunden Menschenverstand ist klar, dass eine Veranstaltung, die nur alle zwei Jahre stattfindet und dann zwei Tage dauert kein nachhaltiger Wirtschaftsmotor für unsere Region sein kann. Wir brauchen gutbezahlte Arbeitsplätze für 365 Tage im Jahr und keine umweltschädigenden Einmal-Events. Und es ist die Frage zu stellen, ob alles was der Wirtschaft nutzt wirklich auch im Interesse der Menschen ist?

## Machtlos gegen Lärmbelastung?

**Laut** Wikipedia ermittelte die Weltgesundheitsorganisation Lärm als zweitgrößtes Gesundheitsrisiko. Bei einem Schalldruckpegel von über 120 Dezibel kann ein einmaliges Lärmereignis schon das Gehör schädigen. Bei den Übungsflügen für die Airpower wurden bis zu 132 Dezibel (!) gemessen, das ist protokolliert. Die Lärmbelastung rund um die Airpower geht über Monate und ist gesundheitsgefährdend.

**KPÖ-StR.** Renate Pacher meinte in der letzten Gemeinderatssitzung diese Lärmbelastung sei für die Bevölkerung unzumutbar. Die Gemeindeverantwortlichen sollten das nicht einfach so hinnehmen und sich im Interesse der GemeindebürgerInnen zur Wehr setzen.

**Der** Bürgermeister und ÖVP-Vize-Bürgermeister Markus Schöck meinten, in dieser Frage keinen Einfluss zu haben. Wir meinen hier macht man es sich zu einfach.

### Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher  
und DSA Karin Gruber

**Donnerstag  
25.7.2013**

KPÖ-Parteiheim Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9 bis 12 Uhr  
Vor Anmeldung bitte unter:  
03512/82240

**„Ein Überleben der Menschheit können wir uns im Interesse des Wirtschaftswachstums nicht leisten.“**

(Unbekannter Autor)

Beratung • Planung • Verkauf • Verlegung

**FLIESEN**

**Oberlassnig**

Herbert Oberlassnig GmbH.

Parkstraße 27, 8720 Knittelfeld  
Telefon 0 35 12 / 82 300

**ökosolar**  
mit der Kraft der Sonne

[www.oekosolar.com](http://www.oekosolar.com)



# MITMACHEN!



Ändere die Welt - Sie braucht es

## Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

## Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen.

**Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



**Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!**

**Kontakt: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld,**

**Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: [kpoe.knittelfeld@aon.at](mailto:kpoe.knittelfeld@aon.at)**



## Weg mit dem Regress!

In der Steiermark haben Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung ein hartes Los.

Bereits bei einem Einkommen ab 1286 Euro monatlich (1.500 Euro, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) müssen sie Kostenrückerstattung leisten. Eine Indexanpassung (Valorisierung) gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird beim Regress keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Viele hilflose ältere Menschen sind verzweifelt, wenn sie erfahren, dass das Land ihre Kinder zur Kasse bittet, weil sie zum Pflegefall geworden sind!

Der Regress kommt einer stillen Enteignung der Betroffenen gleich.

Nach seiner Abschaffung in Kärnten ist der unfaire und unsoziale Regress für Angehörige nur noch in unserem Bundesland in Kraft!

### **Petition an den Steiermärkischen Landtag:**

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift

**Bitte unterschreiben und an die KPÖ-Knittelfeld schicken.**